

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungskarte Nr. 8482.

Abgegebene Preise:
Arbeitsvermittlung und
Bathstellen einzigen die
8 gespaltenen Kolonial-Glocke
60.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Grey.
Druck von C. A. S. Weißer & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2 Et. — Fernpost-Abz. 8002.

Sterne des Friedens, seid ihr versunken?
Lichter der Weihnacht, löschtet ihr aus?
Höher stets sprühen im Kampfe die Funken,
Und immer tiefer dunkelt's im Haus.
Wo grün't die Tanne noch strahlend dem Volke,
Sinnbild erlösender Geistesmacht?
Düsler umflost eine weltweite Wolke
Sterne und Lichter und festliche Pracht.

Glocken der Weihnacht, sind sie zersprungen?
Läuteten einst doch verheißend und mild,
Kiesen's hinaus mit den ehernen Jungen,
Dass aus dem Frieden der Segen nur quillt.
Läuten voll Fornitut nun hallend und erzen,
Künden wohl Siege mit stürmischem Droh'n,
Und in viertausend bongende Herzen
Schreit' es von blutiger Kämpferpassion.



Lieder der Weihnacht! Ihr heiteren, hellen
Fröhlichen Lieder aus Kindermund,
Mogtet doch sonst in lauchzenden Wellen
Um das feiernde Erdenrund!
Silberne Quellen, im Schutte verborgen
Duldender Armut, aufwärts ihr steigt,
Lieder der Jugend! Nun seid in den Sorgen
Lastender Tage auch ihr versiegt.

Märchen der Weihnacht, vom Zauber getragen
Festlicher Stunden und schillerndem Land:
Wer mag die lustigen Brücken noch schlagen
Lächelnd hinüber in euer Land?
Weit in der Ferne verdämmt die rauhe
Sonnige Küste der Seligkeit —
Und in den Ohren hämmert die rauhe
Stimme gewaltiger Wirklichkeit.

Sterne des Friedens, ihr seid uns entchwunden,
Glocken der Weihnacht, ihr tönet so schrill,
Und vor dem Tod und den blutigen Wunden
Wurden die Lieder und Märchen still.
Doch aus den ehernen Wirklichkeiten,
Tief aus der Menschheit schmerzendem Schoß,
Wird sich ein siegendes Leben bereiten,
Ringt sich die Weihnacht der Zukunft los.

Ernst Prezang.

Bethlehem.

Die zweite Kriegsweihnacht!

Auch die Pessimisten unter uns haben es vor einem Jahr
wohl kaum geglaubt, daß das diesjährige Geburtsfest des Stifters
der christlichen Religion ebenfalls noch unter der Alleinherrschaft
des Kriegsgottes Mars stehen werde. Man durfte ja schließlich
eine leise Hoffnung hegen, daß vor den ungeheuren und ungeheuer-
lichen Geschehnissen dieses Krieges die Welt eines Tages zur Selbst-
bejähnung erwachen und die christlichen Staaten insbesondere ihre
sorgfam gepflegten Ideale in die Wirklichkeit übertragen würden.

Wer diese Hoffnung gehabt hat, ist heute eines Schlechteren
beherrschend, und er wird — mag seine religiöse Überzeugung sein wie
sie wolle — nur mit Wehmutter an die schöne biblische Legende denken
können, die nun einmal untreinbar mit dem Weihnachtsfest ver-
bunden ist.

Weihnacht! Wo dies Wort erklingt, steht auch wieder die
armelinge Heilige in Bethlehem vor uns, der Lichtschein flammt
vor den Hirten auf, und wir hören mit ihnen die schönen Worte:
„Siehe, ich verkündige euch große Freude... Friede auf Erden
und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Aus tiefer Armut wächst
die Erbürgergestalt empor; im Stalle zu Bethlehem entspringt jener
gewaltige ideale Gedankenstrom, der das spätere Weltgeschehen und
die Weltgestaltung nachhaltig beeinflußte.

Es sind nun beinahe zweitausend Jahre, daß jene Ideen, die
in der Vergangenheit wohl ihren reinsten, stärksten und umfassendsten
Ausdruck gefunden haben, in den Völkerstern wissentlich sind, und doch
kann niemand leugnen, auch der Frömste nicht, daß die Kluft
zwischen Idee und Wirklichkeit heute breiter und tiefer als je ist,
daß sie einander wie Feuer und Wasser, wie Tag und Nacht gegen-
überstehen.

Es sind keineswegs nur die „Freigeister“, die diese Tatsache
konstatieren. Gerade die überzeugten Christen, die es ernst mit
ihrem Glauben nehmen, suchen sich mit diesem bedrückenden Problem
auseinanderzusehen, suchen ihr Weltbild aus dem schauerlichen
Chaos der Gegenwart zu retten. Um ein ganz unverdächtiges
Beispiel anzuführen, möge der Oberhofprediger Dr. Hanauer sprechen.
Er sagt in seiner Schrift „Weihnachtsgedanken in der Kriegszeit“ unter andern:

„Dass das Verbrechen dieses Krieges überhaupt möglich war:
schlägt es nicht allem Christentum dieser Nationen ins Gesicht? In den Gesprächen der Männer in den Schützengräben oder
in den öden Quartieren des Ostens — schrieb mir vor kurzem ein
Unteroffizier, ein gebildeter Mann — ist das das unermüdlich
wiederkehrende Thema, wie Krieg und Christentum zueinander
stimmen. Wie oft mag dabei angesichts der grauen Wirklichkeit
auch noch der letzte Rest von Christentum aus dem zweifelnden
Herzen herausgerissen werden und nur der Endtrotz seines willigen
Bankrots zurückbleiben!“ Und der Oberhofprediger Dr. Hanauer
gesteht ehrlich: „Sie haben recht, wenn sie als Maßstab
für dieses Urteil das Christentum der Bergpredigt anlegen. Wo
sich das verwirklicht, hört der Krieg von selbst auf; wo noch Krieg möglich ist, ist von ihm nichts vorhanden... Aber dies Christentum der Bergpredigt ist in dieser
Welt der Sünde tatsächlich nicht verwirklicht und wird auf
Erden nie völlig verwirklicht werden.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt der Ge-
nannte dann zu dem Schluss, daß die Aufrichtung des Rechts und
der Gerechtigkeit Sache des Staates sei, um dann wieder bedenklich
darauf hinzuweisen, daß freilich „gerade die Staaten mit dem

rücksichtslosen Selbstsucht, ihrer Verfolgung eigener Interessen
immer wieder die brutalsten Verleger des Rechts gewesen“ seien
und so Kriege herausbeschworen hätten, die sie verhindern sollten.
Das militärische Recht zum Kriege sei nur dort vorhanden, wo ein
Staat für seine Existenz kämpfen müsse. „In diesem Sinne gehört
dann aber auch der Krieg in die göttliche Weltordnung.“ Über
den blinden, blöden Wölkerhöf' nennt Dr. Hanauer die „Grundsünden
im Leben der Nationen“.

Diese letzten treffenden Worte kann auch der Sozialist unter-
schreiben, aber er wird, was die Hauptfrage anlangt, feststellen
müssen, daß der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis durch
keinerlei Erläuterungen aus der Welt geschafft wird. Er besteht
und wird nicht durch theoretische Erörterungen, nicht durch ethische
Kräfte beigelegt werden. Denn nicht sie sind die bestimmende
Macht im Weltgeschehen.

Um diese unfreie Behauptung zu illustrieren, müssen wir uns
aus dem palästinischen Bethlehem in ein anderes Bethlehem
begeben.

Es liegt in Nordamerika, in Pennsylvania; es wurde Mitte
des 18. Jahrhunderts von frommen Herrnhutern gegründet und
ist heute eine Stadt mit gewaltiger Industrie. Hier ist unter
anderem der Sitz der „Bethlehem Steel Company“ des berüchtigten
Müllers Charles M. Schwab. Dieser Herr Schwab, der sich ver-
mutlich auch einen Christen nennt, zeigt uns den Kapitalismus von
heute in wunderbarer Reinkultur — insofern nämlich, als jede
Entwicklung ethischer, idealer Art auf seine Handlungen ausge-
schaltet ist. Die „Bethlehem Steel Company“ ist Lieferant von
Kriegsmaterial. Sie hat riesige Mengen davon an die Gegner
Deutschlands geliefert und liefert sie noch. Ungezählte Millionen
Dollar sind in ihre Kasse geflossen und werden weiter dahin fließen,
gewonnen aus dem Blut Europas. Herr Schwab und Konsorten
hätten gewiß nichts dagegen, wenn der Weltkrieg noch eine Reihe
von Jahren andauerte, um die Altäre der Steel Company in immer
sichtere Höhen zu treiben. Bzw. waren sie in vier Kriegsmonaten
schon um das Viersacke gestiegen, und im Oktober dieses Jahres
stand der Kurs zweimal höher als am Ende des vorigen, aber er
bewegte sich noch immer aufwärts und hatte unbegrenzte Festsichten.

Und so kommt es, daß man in gewissen Freien Amerikas das
pennsylvanische Bethlehem mit erschauernder Ehrfurcht nennt und
vor seinem Geist anbetend in die Knie sinkt. Es liegt wie
Spott und ist doch nur eine nackte, unbeschreibbare Tatsache: die
Andacht vor den Blättern des Evangeliums reicht nicht entfernt
an jene heran, mit der man „drüber“ heute eine Auktion der „Beth-
lehem Steel Company“ in die Hände nimmt.

Wie die „Stadt Davids“, das palästinische Bethlehem, Sinn-
bild der christlich-idealen Ideen geworden ist, so erscheint das penn-
sylvanische Bethlehem als das Symbol realkapitalistischer Rän-
sichtslosigkeit, die nie so kraft und menschenfeindlich in die
Scheinung getreten ist als eben jetzt in diesem Kriege.

Die Steel Company steht keineswegs allein; sie hat zahl-
reiche gleichgestaltete Brüder in dem sogenannten neutralen
Amerika, die alle ihre Millionen aus den zerstörten Knochen
der europäischen Krieger aufbauen und sich mit andächtiger Gemüts-
ruhe an den erhebenden Trostungen des Kriegszettels weiden.

Aber es wäre ungerecht und sehr unrichtig, den neuhe-
lemitischen Geist nur jenseits des großen Wassers zu suchen. Er
ist auch diesseits zu Hause, in den neutralen wie kämpfenden
Staaten. Es brauchen ja nicht gerade Waffen- und Munitions-
lieferungen zu sein, deren die Spekulation sich bemächtigt. Kenn-
zeichnend für den neuhelemitischen Geist ist die gütige Ab-

seienheit moralischer Bedenken. Diese Abwesenheit tritt überall
und auf unzähligen Gebieten ins helle Tageslicht und hat z. B.
im Bucher mit Lebensmitteln jeden Rekord geschlagen.

Die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft sind nicht müde
geworden, auf die gewissenlosen Manipulationen der Spekulanten
und Volksauszehrer immer wieder hinzuweisen. Sie haben sich
nicht mit moralischen Protesten begnügt, sondern sie haben die
Wege gewiesen, die zum Ziele führen. Das Ziel aber ist und
bleibt für uns unter allen Umständen: das Wohl der Gesamtheit!

Jeder Tag bestätigt es auss neuer, daß die Gründer und Leiter
dieses Wohls nicht durch religiöse und ethische Ideale geworben
werden können, der eine Kraft scheitert dort, wo das Reich der
wirtschaftlichen und politischen Machthabern beginnt. Das zweitausend
Jahre alte Weltchristentum hat den Weltkrieg nicht verhindern können, und die Ideale des alten Bethlehem werden mit
Zügen getreten von dem Geist des neuen, dessen Bibel der Mensch-
zeitziel ist.

Die wirtschaftliche und politische Macht triumphiert auf der
ganzen Linie!

Und darum ist eine Befreiung des Volkes von den großen
Uebeln des irdischen Daseins nur möglich, wenn jene Macht von
der erlösenden Idee in allen Facetten durchdrungen wird und in
ihrer Wehrkirchlichkeit das Ziel sieht. Mit andern Worten:
Unsre Ideale müssen die reale Macht erobern und in ihren
Dienst stellen.

Solang das nicht geschehen ist, hat alle Entrüstung weh-
leidender Leute wenig Sinn; sie erscheint besonders unlogisch
dort, wo man am System nichts ändern will. Auf Dornenbüchern
wachsen keine Feigen, und wer da glaubt, die harren und grau-
jammen Tatsachen dieses Lebens durch ethische Predigten ändern zu
können, der kann noch einmal zweitausend Jahre warten.

Erst wenn die Machtmittel der Gesellschaft im Dienst der
Erlösung stehen und auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet
einfachlos im Interesse der Gesamtheit zur Anwendung kommen,
erst dann wird die Menschheit dem traurigen Zustand entgehen, daß
ihre schönsten und größten Ideen sich als leere Worte von Genera-
tion zu Generation übergeben. Und dann wird vieles selbstver-
ständlich sein, was unter den heutigen Umständen als unmöglich
bezeichnet wird. Auch der Friede auf Erden!

Reichstag und Friedensfragen.

Die Dezembertagung des Reichstags brachte die erste öffent-
liche Friedensdebatte im deutschen Parlament. Veranlaßt war sie
von der sozialdemokratischen Fraktion, die in einer Interpellation
anfragte, ob der Reichskanzler bereit sei, „Auskunft darüber zu
geben, unter welchen Bedingungen Deutschland geneigt ist, in
Friedensverhandlungen einzutreten. Bevor die Interpellation
selbst behandelt wurde, gab der Reichskanzler von Bethmann-Holl-
weg einen Überblick über die gegenwärtige politische und mili-
tärische Lage. Einleitend erinnerte er daran, daß kurz nach der
Augusttagung des Reichstags Bulgarien an der Seite der Central-
mächte in den Krieg eingriffen hat. Im Anschluß daran stellte er
die Erfolge auf dem Balkan, die Herstellung der Landverbindung
mit der Türkei und die dadurch herbeigeführte Befestigung und
Sicherung der militärischen und wirtschaftlichen Stellung der
Mittelmächte. Die Lage an der Oste und Westfront bezeichnete er
als durchaus günstig für Deutschland. Eingehender schiedete er
die Kulturrückten Deutschlands hinter der Front, vor allem in

Belgien, wo unter deutscher Verwaltung der Arbeiterschutz verbessert, die Schulpflicht eingeführt und selbst die Industrie wieder leidlich in Gang gebracht ist. Auch im besetzten Polen, in Litauen und in Rußland ist hinter der Front Friedensarbeit geleistet worden. Dort sind allein mehr als 4000 Kilometer neue Straßen angelegt worden. Zu den wirtschaftlichen Zuständen in Deutschland sagte der Kanzler, daß wir genug an Lebensmitteln hätten, daß jedoch die Bevölkerung derselben noch zu wünschen übrig lasse. Im Übrigen sei es selbstverständlich, daß wir uns im Kriege weder so billig noch so reichlich ernähren könnten wie im Frieden. Sehr energisch wandte der Reichskanzler sich gegen die Gerichte, daß die deutsche Regierung eifrigst bemüht sei, einen Frieden anzubahnen, daß das Ausland aus jeder Ortsveränderung belannte Personen auf Friedensabsichten und Friedensunterhandlungen schließe. Er lehrt seine Ausführungen mit der Versicherung, daß in Deutschlands Rechnung kein schwacher Punkt, kein unsicherer Faktor sei, der seine felsenfeste Zuversicht erschüttern könne.

Die sozialdemokratische Friedensinterpellation begründete Abg. Scheidemann. Er schilderte einleitend, wie gewaltig die Schrecken des Krieges sind und wie groß die Opfer, die er fordert, und betonte, daß alle Völker froh wären, wenn schnellstens ein Ende gemacht werden könnte. „Man müsse an der Menschheit verzweifeln, wenn es anders wäre“, sagte er. Dann betonte er, daß die Sozialdemokratie sich wohl bewußt wäre, welche Verantwortung auf ihr ruhe, daß sie aber als eine Partei des Friedens ihre Stimme erheben müsse, wenn es ihr möglich scheine, einen Frieden zu erreichen, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Ob das möglich sei, müsse jetzt geprüft werden. Deutschland sei stark genug, einen solchen Frieden anzubieten. Es habe die Sicherung seiner Grenzen erreicht und um das Land eine stählerne Mauer gelegt, die die Feinde nicht durchbrechen könnten. Zu dem Zweck, über die Sicherung des Landes hinaus Eroberungen anzustreben, dürfe aber der Krieg nicht einen Tag länger geführt werden. Die Eroberungspläne des feindlichen Auslands, besonders die französischen Bestrebungen für die Abtrennung Elsass-Lothringens von Deutschland, wies er entschieden ab. Er nannte es ein verbrecherisches Treiben, wenn die feindlichen Staatsmänner und Politiker immer noch den Glauben nähren, daß solche Herabordnung Deutschlands im Bereich der Wahrscheinlichkeit läge.

Sehr entschieden forderte Scheidemann die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Besatz. Er sagte: „Wenn die Presse in den kriegsführenden Staaten frei über die Kriegsszene und den Willen zum Frieden schreiben könnte, so würde in allen Ländern mit elementarer Gewalt der Friedenswillen durchdringen.“ Den Schluß der Ausführungen Scheidemanns bildete ein Appell an den Reichskanzler: „Von Ihnen, Herr Reichskanzler, hängt in dieser Stunde unendlich viel ab. Alle Welt wird sich auf die Seite dessen stellen, der die Hand zum Frieden bietet. Wehedenen, die sie abweisen! Ihre eigenen Völker werden sie zur Rache schicken. Flußläden würden die in der Geschichte fortleben, die die Friedenshand zurückweisen, um den furchtbaren Krieg bis zur vollkommenen Verblutung Europas fortzusetzen.“

Der Reichskanzler beantragte die Anfrage sofort. Er erkannte an, daß die Sehnsucht nach Frieden natürlich sei, und auch die Aussicht, daß Deutschland als der Stärkere einen Frieden anstreben könnte, angehört der deutschen Erfolge eindrücklich sei. Beider wollten jedoch die Gegner Deutschlands die Überlegenheit der Mittelmächte nicht zugestehen. Sie seien vielmehr in der Selbstauskunft befangen, daß sie noch siegen könnten, und deshalb könne Deutschland ihnen nicht mit Friedensangeboten kommen. Der Kanzler besties dann auf die mehr oder minder offenen angekündigten Friedensbedingungen der gegen Deutschland kämpfenden Mächte und betonte, daß mit den Völkern, die durch die fabrikmäßige Herstellung und Verbreitung von Lügen aller Art über die Wirklichkeit getäuscht und mit unerschöpflichem Haß gegen uns erfüllt worden sind, ein Frieden nicht zu erreichen sei. Zu den Hoffnungen der Gegner auf die wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands sagte er: „Ein Gebiet von Artes bis Mesopotamien kann wirtschaftlich nicht erdrückt werden. Wir sind auf eine lange Kriegsdauer mit allen möglichen Vorbereitungen. Eine ganze Reihe von Hochstiften, die vor dem Kriege aus dem Auslande bezogen, seien wir jetzt nicht mehr in der Lage, zu beschaffen. Welle und Baumwolle haben wir in Belgien und Polen in großen Mengen gefunden. Gunstig stellen wir mit Großbritannien.“ Auch an eine Erschöpfung an Menschen ist nach den Aussagen des Kanzlers nicht zu denken. Dennoch sind diese nicht daten, etwa das Alter für die Wachspflast heranzuziehen.

Unter die Kriegszeit Deutschlands sagte der Reichskanzler nur wenig mehr als nichts. Er bestätigte, daß Deutschland Friedensangebote, die der Ruhe und Sicherheit des Reiches entsprechen, nicht bereitwillig präsent würde, sagte jedoch nicht, was denn nun mit einer Art der Friede und Sicherheit angespielt. Einige Wörter dazu darauf lassen jedoch die folgenden Ausführungen des Kanzlers zu: „Feder ist über noch im Wehen dichten Unternehmungsmarkt weiter. Durch die Kriegswirungen und die Kriegsbedingungen ist die Industrie und damit die Arbeiterschaft sehr betroffen. Es ist ja bekannt, daß Deutschland seine Interessen am Auslande zur Zeit der auständischen Bedrohung gegeben hat, daß Deutschland seine polnischen Forderungen und Eisenbahnen erfüllt hat, die Industrie und damit die Arbeiterschaft sehr betroffen waren. Es ist ja bekannt, daß Deutschland seine Interessen am Auslande zur Zeit der auständischen Bedrohung gegeben hat, daß Deutschland seine polnischen Forderungen und Eisenbahnen erfüllt hat, die Industrie und damit die Arbeiterschaft sehr betroffen waren. Es ist ja bekannt, daß Deutschland seine Interessen am Auslande zur Zeit der auständischen Bedrohung gegeben hat, daß Deutschland seine polnischen Forderungen und Eisenbahnen erfüllt hat, die Industrie und damit die Arbeiterschaft sehr betroffen waren.“ Am Schluss seiner Ausführungen erklärte der Kanzler: „Für die deutsche Regierung ist dieser Friede gut, was er von Weisung ist war und warum es in allen Friedensangeboten berücksichtigt gehalten hat: ein Friede, der auf einem Frieden beruht, der nach menschlichen Erwartungen die Sicherheit gegen feine Bieter erhält. Das soll also sein; das ist in der Sache und in allen Friedensangeboten berücksichtigt gehalten hat: ein Friede, der auf einem Frieden beruht, der nach menschlichen Erwartungen die Sicherheit gegen feine Bieter erhält.“

Die einzige Sache, die zu den Ausführungen des Kanzlers nicht ganz passende Stellung ist, ist, in der es nach einer Befürchtung des Kanzlers im Frieden keine zufriedenstellende Lage gebe: „Angenommen, daß es einen Zustand im Kriege verhindert, in dem es keine Sicherheit mit rechter Gleichheit mit die-

Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebiete verbunden werden müssen.“

Eine eigentliche Besprechung der Anfrage erfolgte nicht. Die bürgerlichen Parteien beantragten Schlüß der Debatte und setzten auch die Annahme ihres Antrages durch. Nach einer gar nicht burgfriedlichen Geschäftsbündnisdebatte erhielt nachträglich noch der Sozialdemokrat Landsberg das Wort. Dieser bemühte sich mit anerkennenswertem Eifer und aus ebenso anerkennenswerten Gründen, die Aussführungen des Reichskanzlers über Belgien und Polen als eine halbe oder gar ganze Absage an die sehr offenen Gebietsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu bewerten. Es ist ja der Vorteil staatsmännischer Erklärungen, daß sie meist so und auch anders gedeutet werden können.

Dem ersehnten Frieden hat uns die Aussprache im Reichstag leider kaum näher gebracht. Soweit sich beurteilen läßt, haben die Verhandlungen im Ausland zwar manche Antwort ausgelöst, aber keine, die auf Friedensabsichten schließen läßt. Trotzdem begrüßten wir es, daß endlich einmal ernstlich im deutschen Reichstag über den Frieden gesprochen wurde. Denn so ganz ohne Einfluß auf den Gang der Dinge ist die ehrliche Bekundung des Friedenswillens, die aus den Worten des sozialdemokratischen Fraktionsredners Scheidemann fließt, hoffentlich doch nicht.

Kein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften!

In einem Augenblick, in dem zum ersten Male die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, versagt die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern gänzlich. Und zwar in einer Sache, die das Handelsarbeiten geradezu gebietet. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, das Sprachrohr mächtiger Unternehmergruppen, verkündet der Welt in einem Leitartikel, daß von einem Zusammenarbeiten der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften in der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten niemals die Rede sein könne. Mit diesen Worten wird erklärt, daß die Arbeitgeber die Angelegenheit ganz selbstständig regeln würden und jede Einmischung der Gewerkschaften entschieden ablehnen müßten. Dieser schroff ablehnende Standpunkt ist um so verblüffender, da die Unternehmerpreise in den ersten Kriegsmonaten nicht genug von einer Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Klassen schwärmen konnte, und da außerdem die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Angelegenheit ist, an der die organisierten Arbeiter als Mitmenschen, Kollegen und Gewerkschafter das lebhafteste Interesse haben. Aus diesem Grunde dürfte es sich lohnen, die Begründung dieser schärfmächerischen Stellungnahme einmal unter die Lupe zu nehmen und dadurch Illusionen zu verschärfen, die sich in vielen Köpfen gebildet haben.

Der Artikelschreiber beginnt zunächst scheinbar ganz harmlos mit einer Erörterung darüber, ob und wann gemeinsame Beratungen und Beschlüsse von Nutzen sein könnten. In allgemein gehaltenen, nichtsgagenen Redebewegungen wird zugegeben, daß solche Zusammenkünste an und für sich nicht von der Hand zu weisen seien, doch kommt es wesentlich darauf an, daß alle Beteiligten auch wirklich von dem guten Willen beseelt seien, der Sache jetzt zu dienen und alle Sonderinteressen beiseite zu lassen. Es liege die Gefahr vor, daß in solche Beratungen Leute sich einschleichen, die scheinbar wohl der Sache dienen wollen, in Wirklichkeit aber ihre eigenen Sonderinteressen verfolgen. Man solle gemeinsame Beratungen gewiß nicht von der Hand weisen, aber man solle die Augen und die Ohren offen halten, stets gewartig, daß sich in die Reihe der Ratgeber auch eine Stimme mangle, die irregelmäßig oder irreleidend, das unumstrittene Vertrauen nicht gewürdigt werden kann.

Man wolle den Frieden, den Burgfrieden, man wolle seine Erhaltung während des Krieges und nach dem Kriege, und man müsse daran auf nichts mehr bedacht sein, als darauf, daß alle Gelegenheiten vermieden werden, welche diesen Frieden stören könnten. Gemeinsame Beratungen könnten dem Frieden dienen, aber wer würde nicht, daß solche Beratungen schon oft genug den Stein des Habers und der Zornes in sich getragen haben!

Noch diesen kurzen Andeutungen, die weiter nicht als Binsenwahrheiten sind, kam der Verfasser mit der Sprache heraus und geht auf das eigentliche Thema über, indem er schreibt:

Gemeinsame Beratungen sind angewandt, das Schlagwort gesetzt in einer Form, die uns als leichtfertig. Es handelt sich um die Betreuung und Unterbringung der Kriegsbeschädigten, der Verletzten, der schweren Kämpfer, die für das Vaterland gekämpft und gelitten haben. Seit und seitlich hat die ganze Nation, hat zusammen die Arbeitgeberpartei befürchtet, daß je das Recht tun wird,

zu diesen Unglücksfällen das Leben nach Möglichkeit zu erleichtern. Und ganz gewiß hat auf diesen Gedanken schon manche gemeinsame Beratung geprägt, die der Soziale im höchsten Grade förderlich war. Die gemeinsamen Beratungen aber, so meinten manche Leute, sollen zu einer steilen Zunahme werden. Es soll immer mehr gemeinsam beraten werden, es sollen die Zusammensetzung den Charakter ständiger Kommissionen, Einigungs- und Schlichtungskommissionen gewinnen. Gemeinsam soll beraten werden von den Arbeitgebern aus von denen, die sich als Vertreter der Arbeitnehmer ausgeben, von den Gewerkschaften. Es soll gemeinsam über das Los der Kriegsbeschädigten beraten werden, über die Arbeitsvermittlung, über die Entlohnung. Wer die Art der Bezahlung, in dem Sinne, daß einzelne allgemeine Handlung des Kriegsbeschädigten soll gemeinsam beraten werden. Über alle Bezeichnungen, die jenseits der Kämpfer in der Bekämpfung unlauterer Konkurrenz und Brüderfeindschaft vorkommen. Es soll gemeinsam beraten werden, ob Schändungen des Arbeiters oder einzelner Gewerkschaftsangehöriger zu bestrafen sind, wenn vorgegangen werden kann.

Hiergegen wendet sich der Verfasser mit großer Schärfe und Kritik ab. Er weiß darum hin, daß die Gewerkschaften seit Monaten damit feiern, die Errichtung von gemeinsamen Betriebsgerichten und gemeinschen Schlichtungskommissionen durchzuführen. Diese Beratungen müßten die Arbeitgeber entschieden Widerstand entgegenstellen, denn es sei keinesfalls eingetragen, die in die Betriebe gemeinsamen Kriegsverletzten unter die Vorwurfschaft der Gewerkschaften zu stellen. Dies sei um so weniger darüber, weil die Gewerkschaften nicht als die Interessenvertretung der Arbeiter anzusehen seien. Vor dem Kriege hätte nur etwa ein Drittel der deutschen Arbeiterschaft den Gewerkschaften angehört, und während des Krieges sei diese Zahl noch bedeutend geringer geworden. Außerdem befinden sich viele Arbeiter in den Organi-

sationen, die nur Zwangsmitglieder seien und mit ihren Herzen auf einer ganz andern Stelle ständen. Woher nähmen unter diesen Umständen die Gewerkschaften das Recht, für alle diese Leute als Wurführer und Anwälte aufzutreten? Es scheine geradezu, als ob hier die Berechnung mit spielt, daß die abseits Stehenden, der Not gehorchen, nicht dem eig'nen Triebe, sich unter das gewerkschaftliche Zech beugen würden. In der Praxis würde sich die Sache so gestalten, daß die in Aussicht genommenen Schlichtungskommissionen sich in die Betriebsverhältnisse einmischen, und daß gänzlich unbeteiligte, dem ganzen Betrieb fernstehende Personen sich ein Mitbestimmungsrecht anmaßen würden. Es handle sich für die Gewerkschaften nicht um sachliche Interessen und um das Wohl der Kriegsbeschädigten, sondern um jene Zwecke, die die Gewerkschaftsführer bereits vor dem Kriege verfolgt hätten.

Es ist, milde ausgedrückt, eine ziemliche Unverstehenheit, den Gewerkschaften den Vorwurf zu machen, daß ihnen nicht das Wohlgehen der Kriegsbeschädigten Kollegen am Herzen liege, sondern daß sie Sonderinteressen verfolgten. Wir halten es für überflüssig und auch unter unserer Würde, auf einen solch schändigen Vorwurf auch nur mit einem Worte zu erwidern. Nur fragen möchten wir die Herren von der „Arbeitgeberzeitung“, wie sich eine solche Kampfweise mit den Lobreiden vereinbaren läßt, die sie bei Ausschluß des Krieges über die „selbstlosen und vaterländisch gesinnten Gewerkschaften“ in reichen Massen ausgeschüttet haben, und wie sie sich mit dem Burgfrieden verträgt, unter dem wir zurzeit leben. Aber wir werden wohl vergeblich fragen.

Bezeichnend ist auch die weitere Begründung des ablehnenden Standpunktes. Wir wollen sie wörtlich hierher setzen:

„Das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem aus dem Felde heimgekehrten verwundeten Krieger ist ein ganz persönliches, so daß es seiner Mittelperson und keiner gemeinsamen Beratungen bedarf, wenigstens bis zu nicht bedarf, sobald das alte Band der Zusammengehörigkeit oder ein neues Band angelüpft ist. Auch die bestehenden Arbeitsnachweise genügen vollständig, um jeden Kriegsinvaliden, soweit es irgend angeht, auf den rechten Posten zu bringen. Es ist die selbstverständliche Pflicht des Arbeitgeber, die Kriegsbeschädigten nach besten Kräften in deren Fortkommen zu unterstützen und sie in ihren Betrieben unterzubringen. Aber dieser Pflichten ist in willen und überreden sich die Arbeitgeber allein unterzuliegen, ohne daß es dazu irgendwelcher gemeinsamer Kommission bedarf. Haben es etwa die Arbeitgeber verdient, daß ihnen in dieser Sache ein so riesiges, geradezu beleidigendes Misstrauen entgegengebracht wird?“

Man greift sich verwundert an den Kopf, wenn man solche Sache liest. Jeder Mensch, der sich nur halbwegs mit der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge befaßt hat, weiß, daß hier die verschiedenartigsten Gesichtspunkte zu erwägen sind, weshalb dieser Gegenstand in allen möglichen Kommissionen behandelt worden ist, und er weiß auch, daß bereits in mehreren Berufszweigen bindende Abmachungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften getroffen worden sind. Aber der Schreiber der „Arbeitgeberzeitung“ schließt alles dies mit einer Handbewegung zur Seite, er weiß es besser, und er bestimmt einfach, der Unternehmer macht die Sache ganz allein und läßt sich von niemandem hineinreden. Dieser gute Mann hat gar keine Ahnung davon, daß sich hier verschiedene Interessen kreuzen und daß es ein Wahnsinn wäre, die armen Teufel, die aus dem Kriege heimkommen, dem Wohlwollen des Unternehmers zu überlassen. Gerade für diese Leute, die wenig widerstandsfähig sind, ist eine starke Gewerkschaft dröpfelt und dreifach notwendig. Ohne Zweifel wird nach dem Kriege, wenn die patriotische Verbündungsstimmung verschwunden ist, die kapitalistische Gewinnsucht wieder die Oberhand gewinnen, und dann wäre es verschämtvoll, wollten die Gewerkschaften auf eine Kontrolle verzichten und dem Unternehmer das alleinige Recht einzuräumen, über Leistung und Lohn der Kriegsbeschädigten zu entscheiden.

Dazu sind die Schärfmacher natürlich viel zu schlau, als daß sie zugeben würden, eine Kontrolle sei ihnen aus persönlichen Gründen unangenehm, sie schließen vielmehr betriebstechnische Gründe vor. Es sei allerdings richtig, daß jeder Kriegsinvalid einen anständigen Lohn bekommen sollte, aber dieser Lohn müsse der Leistung entsprechen. Nur der Unternehmer oder Betriebsleiter sei imstande, die Leistungen und Fähigkeiten des Arbeiters richtig zu beurteilen, und ihm allein könne deshalb das Bestimmungsrecht über Einstellung und Entlohnung der in Betracht kommenden Arbeitskräfte zugewiesen werden. Ein Dritter, der den Betrieb nicht kenne, könne in diesem Punkt gar nicht misstrauen. Gewiß wollte der Unternehmer im Interesse der Invaliden Opfer bringen, aber über die Höhe und das Maß dieser Opfer will er die Entscheidung sich selbst vorbehalten anstatt sie einer beliebigen Kommission zu übertragen. Das zeigt also: der Unternehmer will das alleinige Bestimmungsrecht haben, und der Arbeiter soll ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Von einem Bestimmungsrecht der Arbeiter in den Arbeitsbetrieben soll keine Rede sein und da die beabsichtigten Schlichtungskommissionen auf dem Wege zu diesem Ziele liegen, müssen sie bestätigt werden. Das wird auch deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Man darf auch nicht glauben, daß gemeinsame Beratungen die Art auf die unmittelbare Fürsorge für die Kriegsinvaliden befrüchtet. Die Vertreter der Gewerkschaften würden es ratschahen, daß alle Verhältnisse des Kriegsbeschädigten fürsorge, Einstellung und Entlohnung der Arbeitnehmer, die für das Vaterland gekämpft und gelitten haben, seit und seitlich hat die ganze Nation, hat zusammen die Arbeitgeberpartei befürchtet, daß je das Recht tun wird, zu diesen Unglücksfällen das Leben nach Möglichkeit zu erleichtern. Und ganz gewiß hat auf diesen Gedanken schon manche gemeinsame Beratung geprägt, die der Soziale im höchsten Grade förderlich war. Die gemeinsamen Beratungen aber, so meinten manche Leute, sollen zu einer steilen Zunahme werden. Es soll immer mehr gemeinsam beraten werden, es sollen die Zusammensetzung den Charakter ständiger Kommissionen, Einigungs- und Schlichtungskommissionen gewinnen. Gemeinsam soll beraten werden von den Arbeitgebern aus von denen, die sich als Vertreter der Arbeitnehmer ausgeben, von den Gewerkschaften. Es soll gemeinsam über das Los der Kriegsbeschädigten beraten werden, über die Arbeitsvermittlung, über die Entlohnung. Wer die Art der Bezahlung, in dem Sinne, daß einzelne allgemeine Handlung des Kriegsbeschädigten soll gemeinsam beraten werden. Über alle Bezeichnungen, die jenseits der Kämpfer in der Bekämpfung unlauterer Konkurrenz und Brüderfeindschaft vorkommen. Es soll gemeinsam beraten werden, ob Schändungen des Arbeiters oder einzelner Gewerkschaftsangehöriger zu bestrafen sind, wenn vorgegangen werden kann.“

Hiergegen wendet sich der Verfasser mit großer Schärfe und Kritik ab. Er weiß darum hin, daß die Gewerkschaften seit Monaten damit feiern, die Errichtung von gemeinsamen Betriebsgerichten und gemeinschen Schlichtungskommissionen durchzuführen. Diese Beratungen müßten die Arbeitgeber entschieden Widerstand entgegenstellen, denn es sei keinesfalls eingetragen, die in die Betriebe gemeinsamen Kriegsverletzten unter die Vorwurfschaft der Gewerkschaften zu stellen. Dies sei um so weniger darüber, weil die Gewerkschaften nicht als die Interessenvertretung der Arbeiter anzusehen seien. Vor dem Kriege hätte nur etwa ein Drittel der deutschen Arbeiterschaft den Gewerkschaften angehört, und während des Krieges sei diese Zahl noch bedeutend geringer geworden. Außerdem befinden sich viele Arbeiter in den Organisationen, die nicht für diese Pflichten verpflichtet, soll ihnen um keinen Strick gefügt werden. Gegen Sonderrechte aber, gegen Rechte, die mit dem allgemeinen Rechtswissen bestreitbar sind, schweigt zu vereinen sind, dürfen wohl auch jetzt ernsthafte Bedenken geltend gemacht werden, und solche Sonderrechte würden entstehen, wenn man den Zug jener gemeinsamen Beratungen ohne Einschränkung und Verfehlung fortsetzt.“

Das ist natürlich wieder eine Verdrehung der Wahrheit, denn die Gewerkschaften beanspruchen durchaus keine Sonderrechte, sondern sie fordern lediglich die Gleichberechtigung mit dem Unternehmer. Das lehrt sich hiergegen sträuben, wissen wir ja alle, eben da wäre es doch richtiger, wenn die „Arbeitgeberzeitung“ anstatt jolch faule Ausreden zu machen, einfach klar und klar sage: „Wir wollen nach wie vor die Herren bleiben, und es soll alles beim alten bleiben.“ Damit wissen wir wenigstens Bescheid und brauchen nicht mehr auf die neue Zeit mit ihrem Wirtschaftskrieg zu warten.

Aus der Industrie

Das Papier auf dem Weltmarkt.

England, das Land der Krämerseelen, will Deutschlands Industrie vernichten, um Herr auf dem Weltmarkt zu bleiben; deshalb hat es Deutschland auch den Krieg erklärt." So und ähnlich schrieben die Tageszeitungen und die verschiedenen Fachzeitschriften Deutschlands. Der alleinige Grund zur Kriegserklärung Englands an Deutschland wird die Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt sicherlich nicht gewesen sein. Immerhin hat diese Frage in dem Verhalten Englands zu Deutschland eine gewichtige Rolle gespielt. Theoretisch mag eine Ausschaltung Deutschlands vom Weltmarkt denkbar sein, praktisch ist sie unmöglich. Ein industriell hochstehender Staat wie Deutschland lässt sich nicht kurzerhand vom Weltmarkt verdrängen, selbst mit Hilfe militärischer Gewalttaten nicht. Die industrielle Entwicklung Deutschlands ist nicht das Produkt einiger Wochen und Monate; sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger technischer und wissenschaftlicher Durchbildung und Weiterentwicklung, die nicht nur von akademisch gebildeten Technikern und Wissenschaftlern, sondern auch von einer verhältnismäßig sehr intelligenten Arbeiterschaft gefördert wird. Die Kulturnationen sind auf den Austausch ihrer Produkte viel zu stark angewiesen, um einen wirtschaftlichen Gegner vernichten zu können. Gewiss kann aus falschem Patriotismus oder aus schlauer Berechnung einflussreicher Interessenten mit Hilfe hoher Schutzsätze und auf nationalem Hass beruhender Warenbojkotte die Warenausfuhr aus andern Ländern stark beschränkt werden, doch haben durch solche Maßnahmen die Bewohner der eigenen Nation gewöhnlich empfindlicher zu leiden als der wirtschaftliche Nachbar, der ja eigentlich durch Schutzsätze und Boykotte geschädigt werden sollte. Den besten Beweis dafür bieten die wirtschaftlichen Beziehungen fast sämtlicher Staaten Europas während der Kriegszeit. Handel und Wandel sind beschränkt, teilweise überhaupt nur mit dem nächsten Nachbar möglich. Insogedessen ist in allen Staaten eine Knappheit gewisser Artikel eingetreten, die man sonst nur von den heutigen feindlichen Nachbarn oder doch nur mit deren Hilfe erhalten kann. Die Folgen davon äußern sich in Betriebeinstellungen, Aufstellung derselben Waren aus minderwertigen Ersatzstoffen und Bezahlung derselben zu außerordentlich hohen Preisen. Die Ausschaltung der Erzeugnisse anderer Länder vom nationalen Wirtschaftsmarkt, besonders wenn sie nicht durch vollwertige Erzeugnisse in genügender Menge im eigenen Lande ersetzt werden können, wirkt stets preistreibend. Hinzu kommt noch, daß alle Staaten auf die Einführung gewisser Artikel direkt angewiesen sind. Gepauso wie Deutschland beim Bezug seiner Textilstoffe zum Teil von der Gnade Englands abhängig ist, kommt Englands Textil- und Papierindustrie natürlich in die Brüche, wenn sie die Farbstoffe und andre Erzeugnisse der chemischen Großindustrie Deutschlands nicht erreichen kann. Aehnlich liegen die Beziehungen mit allen andern Staaten.

Sehr ungünstig hat der Krieg auf die Versorgung der englischen Papierindustrie mit Rohstoffen eingewirkt. England hat ebenso wie Frankreich und Italien einen hohen Prozentsatz seiner Papierrohstoffe aus Deutschland und Österreich bezogen. Nach Kriegsausbruch musste es versuchen, Ersatz dafür aus Skandinavien und Kanada zu erhalten. England führte im ersten Halbjahr 1914 530 744 Tonnen Papierrohstoffe ein; dagegen sank die Einfuhr in demselben Zeitraum im Jahre 1915 um 115 667 Tonnen, auf 415 077 Tonnen. Aehnlich verhält es sich mit der Papiereinfuhr Englands. Während im ersten Halbjahr 1914 noch 306 176 624 Kilogramm Papier im Werte von 74 912 376 Mk. eingeführt wurden, betrug die Einfuhr im ersten Halbjahr 1915 nur 264 954 847 Kilogramm im Werte von 57 866 667 Mk., so daß die Papiereinfuhr gegenüber dem Zeitraum im Vorjahr um 41 221 777 Kilogramm im Werte von 17 045 709 Mk. gesunken ist. An dieser Einfuhr waren die folgenden Staaten als Hauptlieferanten mit nachstehenden Werten beteiligt:

Einsuhrland:	Im ersten Halbjahr 1914	1915	Wert in Mark
--------------	----------------------------	------	--------------

Skandinavische Staaten (Schweden und Norwegen)	25 645 595	29 167 257
Deutschland	14 938 742	5 107
Amerika	1 267 640	1 358 472
Neufundland	1 358 023	368 925
Belgien	4 864 260	1 291 850

Trotz aller Bemühungen war es England nicht möglich, in den andern Säaten einen vollen Ersatz für die deutsche Einfuhr zu finden, weder in deutschem Papier, noch in deutschen Rohstoffen. Durch den Ausfall der deutschen Einfuhr kann ein Papier, allein mit einer Mindereruhr im Werte von rund 16 Millionen Mark

im ersten Halbjahr 1915 gegenüber dem Friedenshalbjahr 1914 gerednet werden. Allerdings ist damit zu rechnen, daß die skandinavische Papierindustrie, sowohl Papier- und gewöhnliche Druckpapiere in Frage kommen, die deutsche auch nach dem Kriege vom englischen Markt teilweise verdrängt wird. Die schwedische und norwegische Papierindustrie würde während des Krieges wohl kaum zu Betriebsverweiterungen und Neugründungen schreiten, wenn ihr nicht auch nach dem Kriege ein günstiges Absatzverhältnis gesichert wäre. Bezeichnenderweise ist es Belgien auch 1915 noch gelungen, für rund 1 300 000 Mk. Schreib-, Pack- und gestrichene Papiere nach England zu liefern, obwohl fast ganz Belgien unter deutscher Verwaltung steht. Dabei ist Belgien nach Deutschland der zweitgrößte Lieferant von gestrichenen Papiere nach England, und es ist ihm angeblich gelungen, fast zwei Drittel seines vorjährigen Exports in diesen Papiere wieder nach England zu liefern.

Für die Ententemächte ist während der Kriegszeit neben Skandinavien die englische Kolonie Kanada die Hauptlieferantin in Papierrohstoffen geworden. Kanada führte in der Zeit vom 1. Mai 1913 bis 30. April 1914 110 398 Tonnen Zellstoff und 314 486 Tonnen Holzstoff, zusammen 424 883 Tonnen im Werte von 37 284 831 Mk. aus; dagegen in derselben Zeit des Kriegsjahres 1914/15 121 216 Tonnen Zellstoff und 308 185 Tonnen Holzstoff, insgesamt 429 401 Tonnen im Werte von 38 917 875 Mark. Die Steigerung von 4518 Tonnen Papierrohstoffen im Werte von 1 683 444 Mk. während des Kriegsjahres 1914/15 kann in Abetracht der lebhaften Bemühungen der englischen Regierung, die deutsche Einfuhr durch Rohmaterialien aus ihren Kolonien zu ersetzen, als nicht besonders glänzend bezeichnet werden.

An diesen Ausfuhrmengen waren beteiligt:

	Seit vom 1. Mai 1913 bis 30. April 1914	Seit vom 1. Mai 1914 bis 30. April 1915
	Zellstoff Tonnen	Holzstoff Tonnen
Vereinigte Staaten von Amerika	105 579	190 095
Japan	4 755	—
Frankreich	43	7 570
Großbritannien	22	116 820
Kanada	—	35

Den Hauptanteil an der Zell- und Holzstoff-Ausfuhr Kanadas nimmt Amerika für sich in Anspruch. Das Mutterland selbst bezieht fast nur Holzstoff.

Um stärksten von allen englischen Kolonien hat wohl Indien unter dem Papierstoffmangel zu leiden. Durch den Ausfall der deutschen und österreichischen Waren mußte Indien gewaltige Preissteigerungen mit in Kauf nehmen. Vor Kriegsausbruch kostete der Zellstoff pro Tonne 174 bis 204 Mk.; seitdem ist er um über 40 Prozent gestiegen. Die Papierfabrikation Indiens ist auf die Papierstoffeinfuhr angewiesen, solange es nicht gelingt, das Baumwurzöl und die verschiedenen Savannaholzarten rationell zu Papierstoffen zu verarbeiten. Indien produzierte vom Jahre 1908 bis 1912 im eigenen Lande jährlich für 10 bis 11 Millionen Mark Papier. Vom 1. April 1913 bis 31. März 1914 wurden in Indien Papierrohstoffe im Werte von 2 365 978 Mk. eingeführt. In dieser Summe waren Großbritannien mit 903 680 Mk., Österreich-Ungarn mit 500 555 Mk., Schweden mit 421 594 Mk., Deutschland mit 413 646 Mk. und verschiedene andre Staaten mit 126 503 Mk. beteiligt.

Außer diesen Rohstoffen wurden im gleichen Zeitraum noch für 21 624 215 Mk. Papier und Pappe in Indien eingeschafft. An dieser Einfuhr waren beteiligt:

	1912/13	1913/14
Großbritannien	mit 11 440 473 Mk.	12 158 486 Mk.
Deutschland	mit 3 359 244 Mk.	3 736 157 Mk.
Österreich-Ungarn	mit 1 562 466 Mk.	1 802 212 Mk.
Norwegen	mit 712 864 Mk.	1 101 565 Mk.
Belgien	mit 780 998 Mk.	739 668 Mk.
Schweden	mit 648 775 Mk.	692 965 Mk.
Holland	mit 452 055 Mk.	549 322 Mk.
verschiedene Länder	mit 736 971 Mk.	843 840 Mk.

19 693 846 Mk. 21 624 215 Mk.

Nach Ausbruch des Krieges durfte es England wie auch den übrigen Staaten kaum noch möglich gewesen sein, Indien mit Rohstoffen und festigen Papieren in genügendem Maße zu versorgen, so daß auch hier die Einfuhr Deutschlands und Österreichs durch andre Konkurrenzländer kaum ersetzt werden sein dürfte. Aehnlich dürfte es mit der Papier- und Papierrohstoff-Bersorgung aller andern Staaten aussehen, die bis vor dem Kriege größere Mengen dieser Stoffe von den Zentralmächten bezogen haben, zumal heute in allen europäischen Staaten eine empfindliche Papierrohstoff-Schäppheit besteht. Allerdings, aus dem Stande der jetzigen wirtschaft-

Streitigkeit sich die einzelnen Verfahren praktisch verneinen lassen, muss erit die Erhöhung lehren. Trotzdem kann heute schon behauptet werden, daß durch die Rücksichtnahme der Zellstoffabläugen gewisse Summen der deutschen Volkswirtschaft verloren gehen, die unverträglich im Interesse der Volkswirtschaft höchstlich verwendet werden könnten. Zu einem unzähl verhängnden Nationalvermögen gesellen sich die nach Angaben von Sachverständigen nicht unbedeutenden Schäden, die durch die Zellstoffabläugen in Gebäuden und den angrenzenden Feldern und Wiesen angerichtet werden.

Der Krieg zeigt recht deutlich die Kunstrichtigkeit des Verbrauchs der Gewinnung von Sprit aus Zellstoffabläugen. Die im Interesse der Ernährung notwendige Einsparung der Spritversorgung aus Feldfrüchten und die fast gänzlich eingesetzte Einsetzung von Brennstoffen zu Heizzwecken für Motoren hat die Preise für Sprit zu generalisierten Zwecken genauso steigen lassen und führt uns den Kriegs- und Erholungsplatz recht drastisch vor Augen.

Es ist zu wünschen, daß der Staat nach Beendigung des Krieges die Spritversorgung aus Zellstoffabläugen freigibt, zumal es zumindest zur Erhaltung notwendige Verkürzung der Spritversorgung aus Feldfrüchten und die fast gänzlich eingesetzte Einsetzung von Brennstoffen zu Heizzwecken für Motoren hat die Preise für Sprit zu generalisierten Zwecken genauso steigen lassen und führt uns den Kriegs- und Erholungsplatz recht drastisch vor Augen.

Das Verbot, Sprit aus Zellstoffabläugen zu erzeugen, hätte in Deutschland zu Verlusten zu einer endemischen Versorgung bei Abläugen. Im Sommer 1912 haben einige südliche Städte ihre Straßen mit Salzabläugen gesprengt, um die sonstige Staatsentwicklung abzuwenden, was ganz zu vermeiden. Die Salzabläugabreite Gräben bei Regensburg ließen sofort zuverlässig zur Versorgung und bereiteten nur bei Eisenbahnstationen für Verkehr ihrer Gefahrenwagen pro Tag 2,50 Mk. Die Sprengarbeiten in Würzen hatten das Ergebnis, daß die Straßen nach wenigen Stunden einen asphaltartigen Überzug erhielten, der die Staatsentwicklung vorzeitig verhinderte. Leider aber den Nachteil hatte, bei Regenwetter aufzusiedeln und so die Straßen in ein Salzbad zu verwandeln. Aus diesem Grunde durften auch die Städte die Sprengarbeiten wieder eingestellt haben.

Auch ein Patent, welches in Deutschland einer Frau Großverlusten brachte, soll gleichfalls Gerüst aus der Salzabläugabreite gewonnen werden.

lichen Lage der verschiedenen Länder können keine Schlüsse auf die Gestaltung des zukünftigen Außenhandels gezogen werden. Die Bedingungen, unter denen der Weltfrieden zustande kommt, werden auf die Entwicklung des Außenhandels nicht ohne Einfluß sein. Ebenso können nationale Boykotte über die Waren bestimmter Länder diese in ihrer Außenhandelsentwicklung hemmen. Den wirtschaftlichen Verkehr mit dem feindlichen Ausland nach Beendigung des Krieges zu vermeiden oder überhaupt ganz aufzuheben, wie heute in den verschiedenen Staaten in patriotischer Auffassung gesfordert wird, ist wirtschaftlich und technisch unmöglich. Eine derartige Maßnahme läßt sich wohl auf eine kurze Zeitdauer durchführen, aber nicht für immer. Das werden auch die heutigen feindlichen Völker wieder einsehen, wenn nach Kriegsbeendigung eine Abtäuschung ihrer heute teilweise etwas überzögerten patriotischen Gefühle eingetreten ist. Nach den Erfahrungen in diesem Völkerkriege kann angenommen werden, daß stärker denn je die Ansicht zum Durchbruch kommt, daß durch Kriege kulturell und technisch hochstehende Staaten weder vernichtet noch vom Weltmarkt verdrängt werden können. Nicht Menschen- und Nationalwerte vernichtende Kriege erobern sich den Sonnenplatz auf dem Weltmarkt, sondern die geistig hochstehenden Völker mit ihren technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften im freien und friedlichen Wettbewerb.

G. St.

Der Kampf um die Musterkarten in der Tapeten-Industrie.

Seit vielen Monaten schreiben sich die Fabrikanten und die Händler in den Fachzeitschriften die Finger wund über den Wert der ein- oder zweijährigen Musterkarten. Bekanntlich hat der Verband deutscher Tapetenfabrikanten in Gemeinschaft mit dem Hauptverein deutscher Tapetenhändler bei Kriegsbeginn befohlen, keine neuen Tapetenmuster herauszugeben, so daß die derzeitigen Verbandsmuster schon drei Jahre laufen. Durch dieser Verlängerung ist bei den Verbänden der Gedanke aufgetaucht, auch in Zukunft die Karten zwei Jahre laufen zu lassen, um dabei die Herstellungskosten zu sparen, denn so节省ieren sie, was zur Kriegszeit gut ist, muss zur Friedenszeit tauglich sein. Dabei vergessen sie allerdings, daß infolge der Störung im Baumwolle während der Kriegszeit die Nachfrage nach Tapeten unbedeutend ist. Trotzdem machen die freien Fabrikanten, soweit sie, unbelämmert um den Krieg, neue Karten herausgegeben haben, ein solches Geschäft. Jetzt haben sich auch im Lager der Veränderer zwei Parteien gebildet, die den Kampf um die Musterkarten ausnehmen. Herr Miller, Vorsitzender der Freien Vereinigung deutscher Tapetenhändler, hat sich für die zweijährige Musterkarte eingesprochen; für die einjährige traten eine Anzahl Fabrikanten und Händler unter Führung des Herrn Nikolai ein. Die Sympathie der Tapetenarbeiter gehört in dieser Sache Herrn Nikolai. Mit Recht schreibt derselbe in Nr. 34 der "Tapeten-Zeitung":

"Einheitskarte für unsere ganze Branche wäre auch ferner, daß in jedem zweiten Jahr unsre Musterkarten und Fortsetzungen ausgeschaltet würden, und es steht zu befürchten, daß hierbei vielleicht ein Teil, und wie es dann immer ist, wohl gerade die kleinen, abwandernden und sich anderen Branchen zuwenden. Wenn auch gesagt wird, daß die Arbeit auf zwei Jahre verteilt werden könnte, so ist das meiner Ansicht nach doch nicht leicht in die Praxis umzusetzen, immerhin dürfte das zweite Jahr für diese wichtigen Hälfte eines ziemlichen Hungertags werden."

Aber auch unsern Angestellten gegenüber können wir in eine schwierige Lage. In dem einen Jahre, wo eine fast doppelte Arbeit zu leisten wäre, würde vermutlich mancher genötigt sein, seine Arbeitskräfte zu vermehren, während es im zweiten Jahre, wo keine neuen Muster erscheinen, jungen Leuten ohne Stellung oft schwer fallen dürfte, Beschäftigung zu finden.

Wer aber seine Angestellten durchhalten wollte, der läuft wieder in eine schwierige Lage, wie er sie über den Winter hinweg, der ja meistens durch die Musterkarten ausgefüllt wird, beschäftigen sollte." Sollten die Anhänger der zweijährigen Musterkarten den Sieg davontragen, dann mögen sie auch dafür sorgen, daß die Musterarbeiter derart bezahlt werden, daß sie das „Feierjahr“ durchhalten können, sonst könnte es möglich sein, daß diese Arbeiter die leeren Fleischküche der Tapetenindustrie verlassen und durch andere Gewerke zu ziehen. Solche Erfahrungen bedürfen mit zäher und unermüdlicher Fortsetzung der Chemiker im Verein mit der praktischen Tätigkeit der Arbeiter der chemischen Industrie.

Die Preise des jährlichen Auslands hat wiederholt anmerken müssen, daß Deutschlands chemische Industrie vertreten in der Welt dasteht. In der wissenschaftlichen Beiträge des französischen Sozialisten, der „Humanité“, schrieb kürzlich ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Blattes über die phänomenale Entwicklung der chemischen Industrie Deutschlands nach der „Groninger Volkskunde“ folgendes:

Die chemische Industrie, meint er, habe geradezu einen revolutionären Einfluss auf die Entwicklung jedes Landes. Wenn man die

Der Chemiker Th. Knösel in Neustadt in Südsachsen hat aus der Sulfitablaue Dünge fabriziert. Derselbe empfiehlt einen Sulfitdünge als Erfolg für Salpeterdungung und berechnet den Verkaufspreis auf 8 Mk. für 100 Kilo.

Ein Herr Ludwig Kern aus Hamburg berichtete im Dezember 1914 an den Verein der Zellstoff- und Papier-Chemiker über seine Beobachtungen mit Kieselgur-Salpeter. Kern hat mit der direkten Verarbeitung von Sulfitablaugen und gemahlenem Kieselgur keine günstigen Dungungsergebnisse erreicht und führt die Kieselgur an, die in der Menge noch enthalten und für Pflanzen schädliche sulfatische Säure produziert. Günstiger gestaltete sich die Dungung von Kieselgur mit Sulfitablaugen. Kern empfiehlt, die algerischen, marokkanischen und portugiesischen Kieselgurte, die durch Alkalien, Karbonat, Eisenoxid und Bergkristall stark verunreinigt seien, durch Sulfitablaugen aufzusäubern. Bei der reinen Kieselgurte, wie sie in den Provinzen Hannover in größeren Mengen vorhanden ist, hält er die Dungung für unangemessen, weil diese Kieselgur ein unerlaubt vorzügliches und beliebtes Pestizidmittel für Wurze und Schall sei.

Im hamburgischen Staatsinstitut für angewandte

wunderbaren Entdeckungen der angewandten Chemie betrachtet", so schreibt Lüttich wörtlich, „so ist es nicht zu hören, zu behaupten, daß diese Wissenschaft die eigentlich Quelle des materiellen Fortschritts eines Landes ist, und daß sie einen so weiten Horizont eröffnet für die Möglichkeiten, die Stoffe umzubauen, sie in Lieferungen zu erzeugen und sie umweltbedürfnissen anzupassen, daß sie eine Leibkraft sozialer Umformungen werden kann, die grundlicher wirkt als unsre armen Gesellschaftstheorien.“ Die Deutschen hätten, indem sie diese Zukunftsschöpfungen vorantrieben, eine chemische Industrie von globalalem Umfang geschaffen, wie man ohne jede Ironie sagen müsse. Der Franzose zählt darunter die deutschen Betriebe, ihre Arbeiter und ihre Produkte im einzelnen auf. Es sei kein Geheimnis, daß Frankreich von dieser deutschen Industrie eine große Anzahl unentbehrlicher Gewerbestoffe habe beziehen müssen, und daß viele französische Betriebe hätten eingestellt und nicht wieder in Gang gebracht werden können, weil man nicht mehr aus Deutschland hätte beziehen können. Zur Entwicklung für Frankreich habe man gesagt, daß Deutschland seine chemische Industrie so sehr habe entwiedeln können, weil es gewisse, unbedingt notwendige Rohstoffe in besonderer Fülle besitzt, aber man braucht die Vorräte Deutschlands nicht zu kriegen und könne doch behaupten, daß die französische Industrie andere ebenso geeignete Rohstoffe zur Verfügung habe, ohne sich auch nur entfernt so entwiedelt zu haben, wie die deutsche. Lüttich zählt wörtlich fort: „Seien wir gerecht, wir zu unseren Gegnern, täuschen wir uns nicht über ihre starke Stellung, wir werden nur um so besser mit ihnen kämpfen können. Wenn man den staunenregenden Erfolg der deutschen chemischen Produkte unterstellt, so kommt man zu dem unvermeidlichen Schluß, daß er das Ergebnis hartnäckiger Arbeit war, und daß gleichzeitig eine Reihe anderer Faktoren, die man selten so vorsätzlich vereinigt sieht, dabei mitwirkten.“ Diese Unterstützung seitens der österreichischen Gewerkschaften, eines Zusammenschlusses zwischen der reinen Wissenschaft und der Praxis, hohe technische Bildung der leitenden Personen und der Angestellten aller Grade, fortgesetzte frische Initiative, ja Kühnheit, Bravur und dabei eine konsequente Verfolgung bestimmter Ziele, ein methodischer Geist, der sich in allen Untersuchungen in der Organisation der Betriebe äußert, sowie endlich eine handelsgewerbliche Tüchtigkeit, die immer auf der Wacht stand und für Abnahmewege kräftig sorgte.

„Wir haben in Frankreich gewiß wertvolle Chemiker, aber wir haben zu wenig. Deutschland besitzt sie in Fülle, es hat so viele Chemiker, wie es Soldaten hat.“

Wander Leder wird sich schon gefragt haben, wie es möglich ist, daß ein Mitarbeiter der Pariser sozialistischen „Humanité“ beriefen Léonard so kultivierte Lobpreise erledigen kann, die in demselben Maße offenkundig als der Abschluß der gesamten Menschheit, bis zum Feuerländer herunter, gezeichnet werden. Und wirklich: Lüttich wird stützig, wie das zusammenstimmen möchte. Da er aber keine Rechung hat, die Frage zugunsten der Deutschen und ihrer höheren industriellen Kultur zu entscheiden, so begrüßt er sich damit, den Widerspruch auszusiedeln, ohne ihn zu lösen, und meint: „Es ist ein Zug, der offenbar sehr schwer für uns Franzosen zu begreifen ist, aber es ist und bleibt eine Tatsache, daß bei den Deutschen so wertvolle Eigenschaften vorhanden sind neben jenen kardinalen Instinkten und jenen schöpferischen Eigenschaften, deren Ausprägung mit seit 16 Monaten erleben. Und es bleibt eine Tatsache, daß arbeitende und gebildete Menschen, wie die deutschen Gelehrten und Techniker, gleichzeitig Verbündete auf dem Gebiet des gemeinsamen Bedes sein können.“ Man sieht Herr Lüttich macht sich die Sache ungeheuer schwer. Er behauptet lediglich, daß arbeitende und gebildete Menschen, wie die Deutschen, Bruderschaft und Mörder sein können, und bestrebt sich damit, zu zeigen, daß die Untersuchung dieses Widerspruches belanglos wäre. Er drückt dabei oder will es nicht sagen, daß dieser Widerspruch gar nicht besteht. Deutschland ist eben kein Land von Standgeistern und Fransenfürdern, wie es die Herren Franzosen zu behaupten lieben, sondern ein Land arbeitender und unerziehlicher Menschen, das seine Freiheitskämpfe gegen französische Eingriffe verfolgt und von dem Herrn Lüttich im Gangen durchs Kribbeln höchst leicht überzeugt hat: „Wir Deutschen nicht vergessen, daß Deutschland in der wirtschaftlichen Organisation eine sehr schwere Stütze als wir einnehmen, und daß es uns auf dem Wege der Industrialisierung so stark beeinflusst hat, daß wir uns, wie mögen es wollen oder nicht, der deutschen Meute bedienen müssen.“

Es wäre erstaunlich, wenn die Versicherung der chemischen Fabrikations-Dankeskunde an der Ereigniszeit jüngst würde, daß ein Land, das sich eine solche Freiheit wünscht, auch jetzt nicht zu verteidigen seines kann, wie französische Zeitungen es geschildert hinstellen.

Kriegsgewinne.

Das größte industrielle Unternehmen Deutschlands, die Aktiengesellschaft für chemische Produkte, veröffentlichten den Geschäftsjahrsbericht für das Kriegsjahr 1914/1915. Das Unternehmen sieht jetzt ausgesichtlich eine erhebliche Vermehrung seiner Ressourcen und Kapazitäten, hetzt. Daraus ergibt sich, daß es im Kriegsjahr neue Kapitäle gesetzt und glänzende Erfolge erzielt hat. Der Produktionsüberdruck hat sich verdoppelt; es liegt von 51 auf mehr als 113 Millionen Mark. Mit dem Gewinnbringen aus dem vorangegangenen Jahr und verschiedenen Einsparungen erhält es der Bruttogewinn auf 128,26 Millionen Mark im Vorjahr. In diesem Jahre, so heißt es auch erläutert, mögen, erfragt nur indirekt die tatsächliche Gewinnlage des Firms. Die Kosten für Rohstoffen, Gewinnabnahme und Erzeugungskosten der Fabrik mit Güterlieferungen belaufend 51,26 und aus den laufenden Einsparungen betrifft worden, die von demselben um diese Summe geringfügig erhöhten. Nach Abzug der Ausgaben für Steuern (10,72 Millionen Mark), Aktienversicherung (6,5 Millionen Mark) und für Sozialaufwendungen (15,59 Millionen Mark) verbleibt ein erheblicher Bruttogewinn von 95,85 Millionen Mark, das ist mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr 49,52 Millionen Mark. Die Dividende, die im letzten Jahre 12 Prozent betrug, kostet also jetzt nach diesen zusätzlichen Zusätzen nicht mehr doppelt soviel kosten. Aber die Familie Krupp verzögerte aus Lütfi erwartung einer Gewinnsteuer nicht und blieb bei der alten Dividende von 12 Prozent, das heißt sie legte 23,8 Millionen Mark zurück. Da das Aktienkapital im letzten Jahre von 125 auf 215 Millionen Mark erhöht worden ist, kostet die gleiche 12 Prozent innerhalb einer Steigerung der Dividendenzinsen von 21,6 auf 25,8 Millionen Mark. Neben die Zusammenfassung der Gewinne und ihre Verteilung gibt folgende Tabelle:

	1912/13	1913/14	1914/15
	Mil.	Mil.	Mil.
Einnahmen			
Brutto aus dem Vorjahr	6 506 017	6 926 334	9 285 316
Verluste durch den Krieg	—	1 688 235	2 051 530
Verluste des Kriegs	—	49 825 718	54 004 571
Netto	3 836 200	2 235 683	3 142 063
Gesamt	61 903 170	65 266 122	128 263 161
Ausgaben			
Zinsen	5 686 276	9 854 249	10 717 965
Verluste des Kriegs	5 159 912	5 703 934	5 802 282
Sozialaufwendungen	7 918 865	8 783 331	15 291 955
Aktien mit Kosten	42 1 897	40 830 538	95 850 958
Gesamt	61 903 170	65 266 121	128 263 161

	Gewinnverteilung		
	1 831 753	1 635 211	1 522 281
Entnahmen aus Gewinn	2 0 0 000	2 0 0 000	3 0 0 000
Gewinnanteile in Mark	15	12	12
Bruttogewinn in Mark	25 200 000	21 600 000	25 800 000
Bruttogewinn in Pfennig	—	—	5 000 000
Gewinnanteile in Pfennig	7 000 000	6 600 000	10 000 000
Dividende	—	—	20 0 000
Gewinnanteile in Pfennig	165 000	150 000	3 700 000
Brutto	6 926 334	9 285 317	2

Neben 7,3 Millionen Mark für Rüstungen, 5 Millionen Mark für Sonderaufgaben und 10 Millionen Mark für Haushaltswesen werden für Kosten einer 25 Millionen Mark für Rüstungsarbeiten und Rüstungsaufgaben aufgetreten. Der Aufwand für Rüstungen und Haushaltswesen nimmt, wie es weiter erläutert zu werden. Das ist bei anderen Ausgaben auf Kosten der Gewinne vorgenommen worden. Die neue Struktur der Gewinne ist nach dem Erfolg der Rüstung an die Versicherung für die Sicherheitserhaltung im Kriege gekommen, der Allgemeinheit dienen, und Leipzig-Stadt vertriebene vornehmende Höchstpreise je-

insbesondere zur Unterstützung kinderreicher Familien gefallener oder schwerbeschädigter Krieger verordnet werden. Sie wird mit einem Kapital von 20 Millionen Mark ausgestattet werden. Diese Stiftung hat den bürgerlichen Preise Nutzen gegeben, ein sehr lautes Loblied auf das soziale Empfinden der Firma in die Welt hinauszuspielen. Dazu lag gar kein Antrag vor. Eine Firma, die bei Kriegsabschaffungen mehr als 100 Millionen in einem Jahre verdient, befindet durchaus nicht ein besonders zu prüfendes Maß sozialen Empfindens, wenn sie davon 20 Millionen zurückgibt. Vielmehr müsste unfreies Erachten mit alter Entscheidbarkeit verlangt werden, daß ein ganz ungemein viel größerer Teil des Gewinns dem Unternehmen entzogen wird. Hauptsächlich wird die angeduldigte Kriegsgewinnsteuer so ausgestaltet, daß solche Belastungen auf ein verständliches Maß zurückgeführt werden.

Was für die Firma Krupp gilt, das gilt auch für die Oberholz in Straßburg. Das furchtbar verdeckte Geschäftsergebnis dieses Unternehmens zeigt mit fast überraschender Deutlichkeit, warum und von wem das Leben und damit das Schuhzeug so wahnhaft im Preise hochgetrieben wurden, daß der Arbeiter einen Wochenlohn für ein Paar Stiefel und zwei Tagelöhne für ein Paar Stiefelohren aufwenden muß. Der Gewinn dieser Fabrik ist nämlich im Kriegsjahr geradezu ungemeinlich gestiegen. Während im Jahre 1913/14 bei 12 Millionen Mark Aktienkapital „nur“ 1 1/2 Millionen Mark Gewinn erzielt wurden, waren es im Kriegsjahr 1914/15 mehr als 8 Millionen Mark. In nachstehender Tabelle stellen wir die Ergebnisse der beiden Jahre gegenüber, um zu zeigen, wieviel Mühe es dem Unternehmen gemacht hat, die Gewinne unterzubringen.

	1913/14	1914/15
Mil.	Mil.	Mil.
Aktienkapital	12 Mill.	12 Mill.
Obligationsschuld	5 90	5,84
Guthaben der Familien A. und D.	2,53	4,44
Vortrag	219 097	249 133
Waren erwinn	4 537 316	12 231 570
Miete und Facht	180 681	324 546
Grundstücks erwinn	15 760	9 840
Brutto erwinn	5 268 379	12 816 129
Han-lungs-Umlauf	876 438	1 647 675
Steuern und Abgaben	107 470	180 621
Rinder	347 979	260 170
Obstaionendienst	269 400	266 700
Kriegsunterstützung	—	454 444
Wohlfahrt	—	35 659
Abbildungsbüro	892 659	1 516 613
Reingewinn	1 555 036	8 205 113
einschl. Vortrag	1 774 133	8 454 446
Dividende	1 200 009	2 400 000
in Prozenten	10	20
Kriegsvorlage	—	2 000 000
Soziale Zwecke	130 000	2 500 000
Telefonetosco	150 000	—
Sammlung am Aufsichtsrat u. Gratia	30 000	250 000
Talontreuer	15 000	50 000
Vortrag	249 133	1 254 246

Die Tabelle zeigt, wie man versucht hat, durch übermäßige Abschreibungen, Abschaffungen und durch einen Gewinnvortrag, aus dem allein mehr als 10 Prozent Dividende gezahlt werden konnten, den Segen einzuschaffen. Die Gesellschaft hat ihre Gebäude, die in der vorjährigen Bilanz noch mit 1 1/2 Millionen Mark zu Buche standen, bis auf eine Million Mark und die übrigen Betriebsanlagen gar bis auf eine Reichsmark abgeschrieben. Auch sonst sind reichliche Sicherungen für die Zukunft geschaffen. Die Aktiengesellschaft darf also beruhigt sein. Das aber ungeheure Gewinnabschaffungen nur möglich waren durch ganz unangemessene und unberechtigte Verkürzung des Lebens und der Schwangerschaften, daß sie die schwerste Belastung armer Arbeitnehmer zur Folge hatten — je nun, das braucht natürlich die Aktiengesellschaft die Aktien von Adler u. Oppenheimer nicht im Gehalt ihrer 20 Prozent Dividende zu tönen. Sie haben ja 2 Millionen „für soziale Zwecke“ zurückgelegt und damit Abhol für alle Sünden der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erhalten.

Kriegsgewinne in aufreizender Höhe erzielte auch die Zweckasse in Cassinie-Halle. Obwohl die Menge des verarbeiteten Rohzuckers von 1 290 000 Doppelzentner im Jahre 1913/14 auf 836 896 zurückging, stieg der daraus erzielte Betriebsüberschuss von 3 717 017 auf 5 483 797 Mark. In jedem Doppelzentner verarbeiteten Rohzuckers wurden im Betriebsjahr 1913/14 „nur“ 2,88 Mark Nebenkosten erzielt, im Kriegsjahr 1914/15 aber 6,55 Mark, das ist mehr als doppelt so viel. In die heile Kugel über die geistigen Löhne kann das Unternehmen kaum eindringen, denn die gesamten Umlöste betragen nach dem Geschäftsjahrsbericht 2 802 819 Mark gegen 2 813 211 Mark im Jahre vorher. Sie sind also nicht gestiegen, sondern sogar noch etwas gesunken. Der Reingewinn beträgt nach berechneten Abschreibungen noch 2 351 071 Mark gegen 720 909 Mark im Vorjahr. Wie er untergebracht wird, zeigt folgende Gegenüberstellung:

	1913/14	1914/15
Dividende in Proz.	10 Proz.	25 Proz.
Dividende in Mark	600 000 Mil.	1 500 000 Mil.
Tomaten	116 454	236 917
Kriegsunterstützung	—	80 000
Kriegsvorlage	—	200 000
Vortrag	4 454	324 154

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 6 Millionen Mark. Die höchste jemals verteilte Dividende betrug 16 Prozent. Das Kriegsjahr hat also dem Unternehmen einen Nettoverlust gebracht. Die Aktiengesellschaften haben einen Gewinnabschaffung erzielt, den ihnen über die Zeitung hinweggetragen wird.

Und die Arbeit? Ja nun, warum laufen sie sich nicht auch auf Aktion?

Schon wieder ein schwerer Unfall in der Elektron (Griesheim).

Am Donnerstag, dem 16. Dezember, vormittags 11 Uhr, verbrannte sich der Arbeiter Hermann Ludwig II im Gesäß, am Hals, an der Brust und an den Armen sehr schwer mit 80prozentiger Schwefelsäure. Die Feuerwehr brachte ihn ins Krankenhaus an den Brandstellen vom Körper. Schwere Verletzung wurde er als Brandwund erfasst. Ludwig wollte an dem Apparat einen Hahn lockern; zu diesem Zweck löste er eine Schraube, die Hahn gab nach, wodurch die Säure aus dem Hahn spritzte und die Verbrunung verschärkte. Bei all dem Unglück war es noch ein Glück, daß die Säure nicht in die Augen spritzte, sonst wäre der Arbeiter um sein Auge geblendet.

Bom 14. Dezember an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Leipzig mitgeteilt, daß er unter Umständen genötigt sein würde, die Lieferung von Speisekartoffeln für seine im Bezirk der Amtshauptmannschaft gelegenen Verkaufsstellen einzustellen. Dies